

Bundesrat kuschelt vor Casino-Lobby

Die Lotterie- und Casinobetreiber haben am Entwurf zum Geldspielgesetz mitgeschrieben. Entstanden ist ein Text, der die Casinos vor Konkurrenz bewahrt. Der Schutz der Spielsüchtigen bleibt Makulatur.

Stolz präsentierte Justizministerin Simonetta Sommaruga (SP) vor zwei Jahren den Entwurf zum neuen Geldspielgesetz. Sie sprach von einem «echten Gemeinschaftswerk». Im Juni kommt das Geschäft vor den Ständerat.

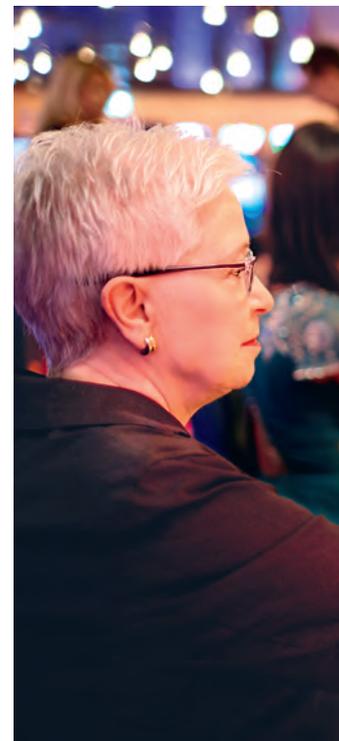
Künftig soll es Schweizer Casinos erlauben sein, Geldspiele auch via Internet anzubieten. Dies ist heute verboten. Laut Entwurf dürfen sich nur Schweizer Casinos um eine Konzession für Internetgeldspiele bewerben. Zugleich wird der Zugang zu ausländischen Angeboten gesperrt. Der Bund ver-

spricht sich höhere Umsätze und Gewinne im Schweizer Geldspielsektor – und mehr Steuereinnahmen. Gleichzeitig soll der Spielerschutz beschnitten werden.

In der Arbeitsgruppe, welche die Grundlage für den Revisionsvorschlag erarbeitete, sassen hauptsächlich Mitglieder der Glücksspielindustrie: Marc Friedrich, Geschäftsführer Schweizer Casinoverband, Jean-Luc Moner-Banet, Geschäftsführer Loterie Romande, Roger Hegi, Direktor Sport-Toto-Gesellschaft, und Roger Fasnacht, Direktor Swisslos. Sie setzten ihre Anliegen durch:

■ **Internet:** Die Casino-Lobby forderte, die Konzession für Glücksspiele im Internet müsse im Inland bleiben. Begründung: «Ausländische Grossanbieter missachten das Verbot für Internetcasinos in der Schweiz.» In der ersten Fassung war der Marktzugang für ausländische Casinos vorgesehen. Die ständerätliche Rechtskommission strich den Passus.

■ **Spielsüchtige:** Die Lobby forderte, auf eine vom Bundesrat eingesetzte neue Kommission zur Prävention von Spielsucht und auf eine Spielsuchtabgabe sei «zu verzichten». Den Casinos



Casino Zürich: Schutz vor Spiel

entstünden im Vergleich zum umliegenden Ausland Wettbewerbsnachteile. Der Passus wurde gestrichen.

Christian Ingold vom Zentrum für Spielsucht in Zürich kritisiert: «Der Bundesrat hat Steuerinteressen

Lehrmittel aus Zürich: Teuer und unbeliebt

Der Zürcher Lehrmittelverlag bestimmt, wie in Primarschulen gelernt wird.

Vor einigen Jahren entwickelte der Zürcher Verlag ein neues Englisch-Lehrmittel für Primarschüler. Kostenpunkt: 16 Millionen Franken. Im vierköpfigen Autorenteam war nur eine Primarlehrerin. Das rächte

sich. Die Lehrer lehnten das Lehrmittel ab – samt dazugehörigen CDs, Heften und Broschüren. Vor allem für schwächere Schüler sei es zu anspruchsvoll. Von Zürich bis Schaffhausen weigerten sich Schulen, das obligatorische Lehrmaterial zu verwenden.

Mit Erfolg. Seit 2013 müssen die Lehrer nicht mehr mit diesen praxisfernen Lehrmaterialien arbeiten. Sie benutzen die bewährten Schulbücher aus dem deutschen Klett-Verlag. Auch die Schulgemeinden atmeten auf: Die Klett-Bücher kosten nur 900 Franken pro Jahr für eine Klasse mit zwanzig Kindern. Beim Zürcher Lehr-

mittel sind es 1500 Franken plus Lizenzgebühren für die Lernsoftware (Fr. 348.40 für einen Klassensatz für 25 Schüler). Und für die CD will der Verlag nochmals 11 Franken.

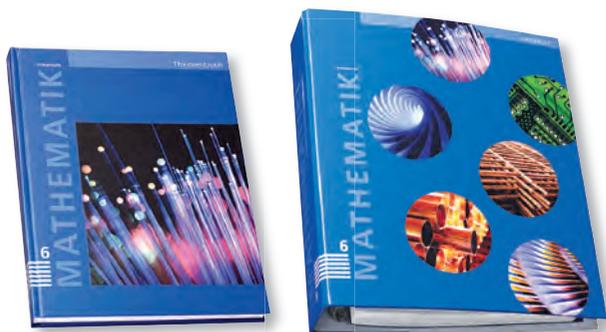
Derselbe Fehler beim neuen Mathebuch

Jetzt zeigt sich: Die Zürcher Bildungsbehörden haben nichts daraus gelernt. Im April erschien das neue Mathematikbuch des Lehrmittelverlages für die 6. Klasse. Auch hier sassen im 13-köpfigen Autorenteam nur zwei aktive Primarlehrerinnen. Herausgekommen ist ein teures Papiermonster. Buch, Hefte und Arbeitsblätter

umfassen 464 Seiten. Seiten überspringen geht kaum, da der Inhalt aufbauend ist. Angefragte Lehrer sagten *saldo*, die neuen Lehrbücher seien zu komplex. Und zu teuer: Früher reichte ein Buch für 18 Franken pro Schüler. Ab nächstem Schuljahr müssen die Gemeinden für das Buch und die Hefte pro Schüler Fr. 39.60 zahlen. Dazu kommen Lizenzrechte für Fr. 348.40 pro Klassensatz.

Verlagsleiter Beat Schaller findet die Preise nicht zu hoch. Das neue Lehrmittel sei «bedürfnisgerecht».

Auch die Kantone Thurgau, Graubünden, Glarus und die beiden Appenzell verwenden in der Primar-



Mathelehrmittel: Teures Papiermonster



KEYSTONE

sucht für den Bundesrat zweitrangig

höher gewichtet als den Schutz der Spieler.» 2014 wurden in Schweizer Casinos und Lotterien 1,66 Milliarden Franken verspielt. Die Kantone erhalten 4,8 Millionen Franken für Präventionszwecke. Das sei

«viel zu wenig», sagt Ingold. Pro Jahr verursache die Spielsucht Kosten von schätzungsweise 650 Millionen Franken. Und mit der Zulassung von Onlinecasinos steige der Bedarf an Prävention. *Sven Zaugg*

schule das Zürcher Mathematiklehrmittel. In der Sekundarschule lernen 13 Kantone damit.

Im Pisa-Test 2009 waren die Ausserrhoder Schüler im Fach Mathematik die besten in der Schweiz. Die

Zürcher Kinder waren in der Deutschschweiz das Schlusslicht. Appenzeller lernten damals mit Büchern aus dem Klett-Verlag. Die Zürcher mit Lehrmitteln aus dem Zürcher Lehrmittelverlag. *Beni Frenkel*

ZÜRCHER LEHRMITTELVERLAG

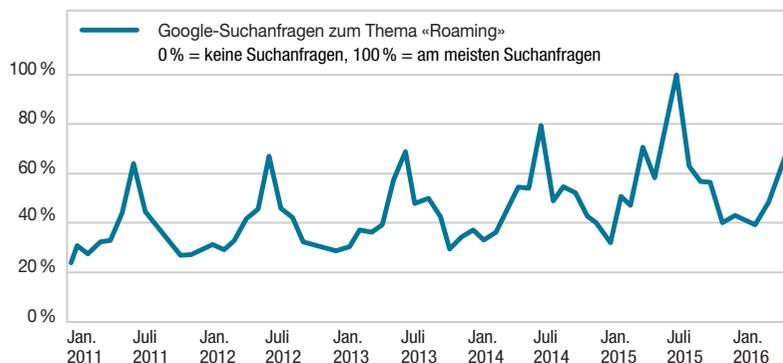
Bald teilweise privatisiert

Der Zürcher Lehrmittelverlag ist Marktleader bei Schweizer Schulbüchern. Nun soll er noch stärker expandieren können. Der Zürcher Kantonsrat genehmigte im April die vom Verlag gewünschte Privatisierung. Zwar behält der

Kanton Zürich auch künftig die Aktienmehrheit. Doch als privatrechtliche AG kann der Verlag nun unter anderem auch andere Verlage aufkaufen. Das war ihm als Verwaltungseinheit der Bildungsdirektion untersagt.

SCHWEIZ IN ZAHLEN

Zum Start der Sommerferien schnellen Suchanfragen hoch



Schwankung der Zahl von Suchanfragen in der Schweiz mit dem Stichwort «Roaming» zwischen Januar 2011 und Mitte Mai 2016

Kein Sommer ohne Roaming-Ärger

Konsumenten aus der Schweiz informieren sich, wie sie die überhöhten Roamingpreise fürs Telefonieren im Ausland umgehen können. Vor den Sommerferien ist der Informationsbedarf jeweils besonders gross. Das zeigt die Suchstatistik von Google.

Schweizer Roamingtarife für ausgehende Anrufe sind laut Bundesamt für Kommunikation im mehrjährigen Durchschnitt 70 Prozent höher als in der EU. SMS sind 180 Prozent teurer und das Datenroaming kostet 50 Prozent mehr.

In der EU dürfen Telekomfirmen ihren Kunden seit Anfang Mai bei Reisen innerhalb der EU zusätzlich zum nationalen Tarif nur noch einen Aufschlag von wenigen Cents berechnen: Für ausgehende Anrufe sind höchstens 6 Cents extra pro Minute erlaubt, pro SMS maximal 2 Cents und beim Datendownload maximal 6 Cents pro Megabyte (zuzüglich Mehrwertsteuer). Am 15. Juni 2017 schafft die EU die Roaminggebühren innerhalb der Mitgliedsländer ganz ab. Deutsche

Kunden von Vodafone bezahlen bereits jetzt keinen Zuschlag mehr fürs Roaming.

Auch Schweizer Telekomfirmen senkten die Roamingpreise. Doch von neueren Preissenkungen profitierten vor allem Vielnutzer und Personen mit relativ hochpreisigen Abos. Das schreibt das Bundesamt für Kommunikation. Der Bundesrat will deshalb das Fernmeldegesetz ändern und Roaming-Preisobergrenzen einführen. Die grossen Parteien CVP, FDP, SP und SVP wollen davon aber nichts wissen («K-Tipp» 8/2016). *yde*

Tipps für Auslandsreisen:

- Prüfen Sie, ob das Datenroaming auf dem Handy ausgeschaltet ist.
- Möglichst nur über einen kostenlosen, drahtlosen Internetzugang (WLAN) surfen.
- Mailbox ausschalten.
- Bei der eigenen Telekomfirma allenfalls befristete Roaming-Zusatzoptionen für das Reiseland kaufen.
- SIM-Karte einer lokalen Telekomfirma benutzen («K-Tipp» 5/2015).